

Meinung sind, sie seien schon Aufsichtsratsvorsitzende und Geschäftsführer - als solche haben sie sich schon deklariert, jetzt Angst um ihre Funktion. Aber sie haben nicht an die Werk tätigen gedacht und haben nicht daran gedacht, daß das ganze System in der Elektroindustrie funktionieren muß. Das ist die Ursache.

Wir hatten in der vorigen Woche Konsens mit allen Großkraftwerkserzeugern, und wir haben auf der Grundlage dieses Konsenses alle zu einer gemeinsamen Aktiengesellschaft (ohne Westdeutschland) umgeformt, eindeutig. Der Betriebsdirektor Herr Dr. Döscher ist selbst Mitglied des Vorstandes dieser gemeinsamen Aktiengesellschaft. Darin sind alle bekannten Kraftwerke enthalten. Alle 15 Energiekombinate werden als einzelne Gesellschaften umgeformt, obwohl in der Koalitionsvereinbarung steht, es soll noch weiter entflechtet werden. Wir können es nicht machen jetzt im Winter; wir müssen eine stabile Stromversorgung sichern.

(Zurufe)

Der Winter fängt für den Elektroingenieur im Mai an. Eh und je ist das so, wir machen jetzt die Wintervorbereitungen. Wenn wir jetzt die Netze auseinanderschneiden, haben wir ein Chaos im Winter. Aus diesem Grunde haben wir gesagt, das wichtigste ist die stabile Energieversorgung. Sie wissen, wir haben drei Jahre keinen Winter gehabt.

So ist die Situation. Wir haben also nichts weiter gemacht als vorhandenen Zustände stabilisiert. Es kann nicht jeder machen, was er will, sondern wir haben ganz klar das System, wie wir es bisher hätten, aufrechtzuerhalten versucht.

(Beifall, vor allem bei der Koalition)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Herr Staatssekretär. Wir haben jetzt noch einen Geschäftsordnungsantrag und zwei Anfragen. Den Geschäftsordnungsantrag würde ich vorziehen.

(Zuruf: Ich wollte bei dem Geschäftsordnungsantrag sagen: Das sind Detailfragen. Wenn wir sie klären wollen, müssen wir die Vertreter des Kraftwerkes dabei haben.)

(Unverständliche Zurufe - Zuruf: Waren Sie heute bei der Beratung dabei?)

Das wird aber jetzt eine Frage und kein Geschäftsordnungsantrag. Sie hatten sich gemeldet zur Geschäftsordnung. Das ist kein Geschäftsordnungsantrag, das wird eine Anfrage, das ist eindeutig. Es gibt hier noch eine Wortmeldung, einen Geschäftsordnungsantrag.

(Zuruf von CDU/DA: Ich bitte im Namen der CDU/DA-Fraktion auf Grund der nun dargestellten Sachlage und da das vorhin etwas strittig dargestellte Problem gelöst ist, um das Ende der Debatte.)

(Teils Beifall, teils Unmutsäußerungen)

Es muß also über diesen Geschäftsordnungsantrag abgestimmt werden.

(Frau BIRTHLER, Bündnis 90/Grüne: Es lagen doch schon Wortmeldungen vor!)

Das war eindeutig ein Geschäftsordnungsantrag. Er hat sich so gemeldet, es war also eindeutig ein Geschäftsordnungsantrag. Wer dafür ist, daß die Debatte beendet wird...

(Claus, PDS: Ich weise Sie aber auf eine Unkorrektheit hin. Paragraph 13 unserer vorläufigen Geschäftsordnung regelt, daß, wenn ein Tagesordnungspunkt aufgerufen ist, vor einem Abbruch der Debatte und dem Abschluß der Debatte alle Fraktionen gehört werden müssen.)

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich darf präzisieren und ins Gedächtnis rufen, wie wir überhaupt in die Diskussion gekommen sind. Es war kein Tagesordnungspunkt, es wurde eine Erklärung gegeben.

(Beifall bei CDU/DA)

Und zu Erklärungen, das steht auch in der vorläufigen Geschäftsordnung drin, gibt es normalerweise keine Aussprache.

Es hat hierzu allerdings einen Geschäftsordnungsantrag gegeben und wir haben uns dazu verständigt.

(Zuruf: Ich hatte eine Wortmeldung gut.)

Wortmeldung wird durch Geschäftsordnung beantragt, und ich darf noch einmal präzisieren. Das war kein Geschäftsordnungsantrag, sondern eine Anfrage. Die Anfrage ist zurückgestellt worden, und wir haben den Geschäftsordnungsantrag von Dr. Kamm vorgezogen. Ich bitte jetzt, über diesen Geschäftsordnungsantrag abzustimmen. Und Sie setzen sich bitte wieder hin.

Wer dafür ist, daß die Debatte abgebrochen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Ich denke, das ist eindeutig, wir setzen also die Aussprache weiter fort.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Dann haben wir zwei weitere Anfragen. Jetzt geht es in der Reihenfolge weiter, Herr von RYSSSEL.

Von RYSSSEL (Die Liberalen):

Waren Sie heute bei der Beratung dabei?

(Dr. PAUTZ, Staatssekretär: Nein, ich war nicht dabei, das war eine treuhänderische Tätigkeit, und es war entsprechend abgestimmt mit allen, die an diesem Vorgang ...)

Dann bitte ich Sie, daß Sie Einsicht in das Protokoll nehmen. Dort ist die Lage zu dem Kraftwerk Boxberg bis zu dem heutigen Tag dargelegt. Das heißt, daß bis zum heutigen Tag auch in der Treuhandanstalt eindeutig der Antrag stand, als Einzelaktiengesellschaft zu gründen. Das steht im Protokoll.

Dr. PAUTZ, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Dann muß ich Ihnen folgendes sagen. Das Kraftwerk Boxberg hat von uns ein entsprechendes Protokoll bekommen. Wir waren an dem Prozeß dabei, und wenn Sie wollen, und das sage ich Ihnen definitiv, daß 2 000 Arbeitskräfte ...

(Protestrufe und tumultartige Unruhe - Zwischenruf: Wir sind nicht mehr in der Planwirtschaft, Herr Staatssekretär!)

Ich akzeptiere das. Wenn Sie wollen, daß das Kraftwerk Boxberg ohne einen Vertrag nach unten zur Kohle und ohne einen Vertrag nach Abnahme der Energie eine selbständige Aktiengesellschaft wird, wenn Sie auch wissen, wie die Situation im Kraftwerk Boxberg ist, dann würden Sie vielleicht diese Frage nicht so stellen.

(Beifall bei CDU/DA - Frau BIRTHLER, Bündnis 90/Grüne: Aber wer entscheidet denn hier?)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Bitte schön, eine Frage noch aus den Reihen der CDU/DA.

(Kirchner, CDU/DA: Ich bitte um Aufklärung ...)

Abgeordneter Kirchner, Moment, Moment. Das Präsidium hat entschieden, die beiden Wortmeldungen abzuarbeiten. Diese eine Anfrage und eine Anfrage von der SPD. Danach würde ich den Geschäftsordnungsantrag einordnen.